

Blocher, die Anwälte und der Informant

Affäre Hildebrand Der Sarasin-Mitarbeiter gelangte über einen früheren Schulkollegen an den SVP-Vizepräsidenten

VON CHRISTOF FORSTER, LORENZ HONEGGER
UND WERNER DE SCHEPPER

Der 39-jährige Sarasin-Mitarbeiter Ralf Tanner (Name von der Redaktion geändert), der die ganze Affäre Hildebrand ins Rollen brachte, wohnt in einem stattlichen Einfamilienhaus in einer kleinen Landgemeinde im Kanton Thurgau. Er selbst war gestern Abend nicht zu Hause, sein Jeep stand allerdings noch da und auch die Weihnachtsbeleuchtung war an. Seine Nachbarn sorgen sich um ihn angesichts des Drucks, der auf ihm lastet: Am Donnerstag führte die Thurgauer Kantonspolizei bei ihm eine Hausdurchsuchung durch. Gestern waren das Schweizer Fernsehen und der «Blick» vor Ort. Der IT-Kadermitarbeiter, der von seinen Nachbarn als angenehm beschrieben wird, hat sich zu Jahresbeginn selbst angezeigt.

Mit einer Klage muss auch Tanners früherer Schulkollege Hermann Lei rechnen. Die Bank Sarasin hat gestern mitgeteilt, dass sich die von ihr eingereichte Strafanzeige nicht nur gegen den IT-Mitarbeiter, sondern auch ge-

«Es gibt Dinge im Leben, die man tun muss. Auch wenn man dann bestraft wird.»

Christoph Blocher, Nationalrat

gen mögliche Anstifter richtet. Lei, selbst Anwalt und SVP-Kantonsrat im Thurgau, hat sich einen Rechtsvertreter genommen. Dabei handelt es sich um Valentin Landmann, der als Verteidiger der Hells Angels bekannt wurde. Landmann gilt als brillanter Strafverteidiger. Lei habe sich durch seine Rolle bei der Weitergabe der gestohlenen Bankdaten von SNB-Präsident Philipp Hildebrand nicht strafbar gemacht, sagte Landmann gestern. Zum IT-Mitarbeiter sagte der Anwalt, er habe sich in einer Gewissensnot an Lei gewendet. Die Bank Sarasin habe nichts unternommen, nachdem Tanner sie über seine Vermutungen informiert habe.

Bank Sarasin widerspricht

Die Bank widerspricht dieser Darstellung. Der Mitarbeiter habe sich einem ihm bekannten Rechtsanwalt an-



Christoph Blocher: «Ich sagte ihnen, das rücke die Schweiz in ein schlechtes Licht.»

ENNIO LEANZA/KEYSTONE

■ DOKUMENTE: BLOCHER SPRICHT NUR NOCH VON «ORIGINALAUSZÜGEN»

Ist **Christoph Blocher** nun im Besitz der gestohlenen **Bankauszüge** von Nationalbankpräsident **Philipp Hildebrand** oder nicht? Am Donnerstagabend, kurz nach Hildebrands Medienkonferenz, hatte Blocher im Interview mit Tele Züri gesagt, er verfüge über keinerlei derartige Unterlagen. Aber er sei von verschiedenen Anwälten

über Hildebrands Geschäfte orientiert worden. Beim Treffen mit der damaligen Bundespräsidentin **Micheline Calmy-Rey** habe er sie über die Vorwürfe informiert und betont, er wisse nicht, ob diese stimmten. Wenn er die Unterlagen gehabt hätte, hätte er das Gegenteil gesagt, so Blocher. Doch gestern tönte es seitens der Landes-

regierung ganz anders. Bundesratssprecher **André Simonazzi** erklärte nämlich, Blocher habe Calmy-Rey sehr wohl ein Dokument gezeigt – im Beisein von **vier hochrangigen Beamten**. «Es war eine schlechte Kopie und sah aus wie ein Bankkontoauszug», sagte Simonazzi gegenüber der «Tagesschau». Darauf enthalten gewesen sei-

en **präzise Angaben** zu verschiedenen Transaktionen von Hildebrand. Bei einer Medienkonferenz in Rorschach am Bodensee äusserte sich Blocher kurz darauf noch einmal zum **ominösen Dokument**. «Ich habe keine Kontoauszüge, Originalkontoauszüge in meinem Eigentum», sagte er wörtlich. Also habe er diese Calmy-Rey we-

der vorlegen noch abgeben können. Wie genau er informiert habe, sei seine Sache, schob Blocher nach. Er spricht also mittlerweile nur noch von «Originalkontoauszügen». Doch solche waren offenbar gar nie im Umlauf. Vielmehr soll es sich bei den Papieren um **Bildschirmfotos** von Hildebrands Kontoauszug handeln. (SFI)

vertraut, statt die aus seiner Sicht auffälligen Transaktionen seinem Vorgesetzten oder der Compliance-Abteilung der Bank zu melden, teilte Sarasin gestern mit.

Im gleichen Communiqué bestätigt die Bank die Darstellung Hildebrands

vom Donnerstag punkto Entwendung und Missbrauch der Kundendaten. Der IT-Mitarbeiter habe keinen Kontakt zu Hildebrand gehabt. Und zum langjährigen Kundenberater des SNB-Präsidenten hielt die Bank Sarasin fest, dieser sei von Hildebrand «zu kei-

ner Zeit unter Druck gesetzt worden».

Auch SVP-Vizepräsident Christoph Blocher äusserte sich gestern. An einer Pressekonferenz in Rorschach wiederholte er bei jeder zweiten Frage, er werde nicht preisgeben, wer seine Informanten im Fall Hildebrand

seien. Eher beiläufig erzählte er dann doch sehr detailliert, wie er an die Informationen über die privaten Währungsgeschäfte von Hildebrand gelangte. Demnach waren es mindestens drei Advokaten, mit denen er es seit November zu tun hatte. «Zwei der Anwälte kenne ich relativ gut, einen kenne ich nicht. Das sind vertrauenswürdige Leute. Die haben eine andere Ethik als Journalisten», sagte Blocher.

Klar ist: Bei einem der drei Männer handelt es sich um Hermann Lei. Beim zweiten dürfte es sich um Valentin Landmann handeln. Von der az auf Valentin Landmanns Aussage angesprochen, wonach er den IT-Mitarbeiter der Bank Sarasin persönlich getroffen habe, wollte Blocher nichts sagen. «Ich habe meinen Informanten versprochen, dass ich meine Quellen nicht verrate.» Er wolle Landmanns Angaben «weder bestätigen noch dementieren». Zur Frage, ob für die Beschaffung der Dokumente Geld geflossen sei, sagte Blocher: «Davon wusste ich nichts.»

Blocher wartete Vermeidung ab

Das erste Treffen mit den Informanten schilderte Christoph Blocher wie folgt: Die Anwälte hätten ihm gesagt, ihre Klientel wüsste «Ungeheuerliches» über den SNB-Präsidenten zu berichten, und wollte mit den Informationen an die Presse gelangen. «Das muss raus», sollen die Anwälte Blocher gesagt haben. Er aber habe ihnen dringend davon abgeraten. «Ich sagte ihnen, das rücke die Schweiz in ein schlechtes Licht.» Als Alternativstrategie habe er ihnen angeboten, den Bundesrat als Kontrollinstanz der SNB über die Vorwürfe zu orientieren. Er habe sie auch darauf hingewiesen, dass sich ihre Klienten wahrscheinlich strafbar machten. Gegen Schluss der Pressekonferenz ergänzte er: «Es gibt Dinge im Leben, die man tun muss, auch wenn man dann bestraft wird. Das nennt man Widerstandsrecht.»

Bundespräsidentin Calmy-Rey habe er erst kontaktiert, als er am 5. Dezember als Parlamentarier vereidigt war, sagte Blocher. Das deutet darauf hin, dass er die aus einer Bankgeheimnisverletzung stammenden Informationen erst verwenden wollte, als er parlamentarische Immunität erhielt.

Aus der «Affäre Hildebrand» wird eine «Affäre Bankrat»

Offene Fragen Nach Nationalbank-Chef Philipp Hildebrand gerät nun das Aufsichtsorgan Bankrat unter Druck.

VON MICHAEL NITTAUS

An der Pressekonferenz vom Donnerstag wurde schnell klar, wer bei der Schweizerischen Nationalbank (SNB) das Sagen hat: Präsident Philipp Hildebrand ergriff sogleich das Wort, während der Präsident des Bankrates, Hansueli Raggenbass, die längste Zeit still daneben sass.

«Raggenbass' Auftritt war bezeichnend für den Zustand des Bankrates», sagt die Baselbieter SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer. Am Montag will sie deshalb an der Sitzung der nationalrätlichen Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) nicht nur Hildebrand auf den Zahn fühlen, sondern explizit auch Raggenbass. Eingeladen sind beide.

«Nimmt der Bankrat überhaupt seine Rolle als Aufsichts- und Kontrollorgan wahr?», fragt auch Monika Roth. Die Professorin für Finanzmarktrecht an der Hochschule Luzern kritisiert, dass der Bankrat den Prüfbericht von PricewaterhouseCoopers (PwC) einfach durchgewinkt habe. «Und dieser Bericht überzeugt

Die heiklen Hildebrand-Transaktionen in der Chronologie des Dollar-Franken-Wechselkurses



nicht», hält sie fest. Den Kern des Problems sieht Roth beim Wunsch der Hildebrands, die eigenen flüssigen Mittel je zur Hälfte in Franken und US-Dollar zu halten. «So sind Spekulationen kaum zu verhindern.» Dass

das aktuelle Reglement dies erlaube, dürfe nicht als Entschuldigung gelten. Für Roth ist klar: «Anlagen in fremden Devisen sollten den Mitgliedern des erweiterten SNB-Direktoriums generell untersagt sein.»

Dass der Bankrat durchaus um die Widersprüche des PwC-Berichtes wusste, glaubt der Zürcher Rechtsanwalt Bernhard Schmid. Aber: «Die interne Prüfstelle und der Bankrat bekamen wohl kalte Füsse, da sie mit

einem kritischeren Befund eine Negativspirale für die SNB hätten auslösen können.» So bleibt bis heute der Widerspruch, dass der PwC-Bericht zwar sagt, dass bei den Hildebrands alles rechtens abliefe, gleichzeitig aber der Leiter Recht und Dienste der SNB zitiert wird, dass sich dies nie mehr wiederholen dürfe.

Im Bankrat sollen Profis sitzen

Auch die eigentliche Basis der PwC-Argumentation, die so genannte First-in-first-out-Regel (Fifo), wird von Schmid wie Roth als lediglich buchhalterisches Mittel und untauglich bezeichnet, um Interessenkonflikte im Zusammenhang mit Devisengeschäften auszuschliessen. «Das alles zeigt, dass bei der SNB in so Fällen die interne Kontrolle nicht genügt», hält Roth fest.

Noch weiter geht der Berner Strafrechtsprofessor Peter V. Kunz: «Der Bankrat besteht aus lauter Interessenvertretern, die etwas von der SNB wollen. Was wir brauchen, ist ein professionelles Fachgremium.» Kunz fordert den Bundesrat auf, die Zusammensetzung entsprechend zu ändern – und vor allem mit mehr Juristen auszustatten.

Hansueli Raggenbass reagierte gestern weder auf telefonische noch auf schriftliche Anfragen der az.